

Archiv

Vorstand der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

28. JAN. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/18

Bonn, den 27. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Aber, aber ... 21

Rainer Barzel stürzt sich in Urkosten

1 Bezeichnend 23

Die Unionsparteien und ihre Haltung zu Großbritannien

2 Bitterer Lorbeer 47

CDU/CSU will Krankenkassen um einen Prozenterfolg bringen
264 Millionen DM stehen auf dem Spiel

3 - 4 "Zentrale Erfassungsstelle für SBZ-Gewaltakte" 79

Ihre Arbeit ist ein Appell an das Gewissen

Von Klaus Rusticus, Hannover

5 - 6 Kennedy-Runde 84

Hart auf hart in Genf

Von Pierre Simonitech, Genf

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Aber, aber ...

Rainer Barzel stürzt sich in Unkosten

sp - Herr Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat - wie es so schön in den Nachrichtenagenturen heißt - den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, wegen dessen Aufzeichnung über Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und Völkern "erneut scharf attackiert". Diesmal reißt sich Herr Barzel nicht an der Prozedur der Veröffentlichung von Willy Brandts Überlegungen, sondern an dem Inhalt selbst. Das ist erstaunlich, denn Herr Barzel weiß doch sicher ganz genau, welche Überlegungen z.B. bei der EWG-Kommission in Brüssel über ein gemeinsames Vorgehen der EWG-Partner bei der Anbahnung von Handelsbeziehungen zu osteuropäischen Staaten schon seit langem erörtert werden. Oder etwa nicht? Das wäre sehr schlimm, denn immerhin ist Herr Barzel nicht irgendwer, sondern der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Tausend ist nur, daß die CDU-Prominenz trotz aller guten Vorsätze des Bundeskanzlers, eine Deutschlandinitiative einzuleiten, nach dem ersten "Sturm" über die Verfahrungsweise Brandts jetzt auch in der S a c h e um die es hier geht, nichts anderes zu bieten hat als "scharfe Attacken". Noch ist jedoch nicht aller Tage Abend, und wenn sich erst einmal bei der CDU/CSU herungesprochen haben wird, wer alles jetzt schon bereit ist, die Gedanken Willy Brandts sachlich zu prüfen, wird sich vielleicht auch Herr Barzel eines Besseren besinnen.

* * *

Bezeichnend

Die Unionsparteien und ihre Haltung zu Großbritannien

sp - Es ist die erklärte Politik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, Großbritannien von der EWG wie auch von Verhandlungen über eine politische Union Europas fernzuhalten. Die Bundesregierung hat wiederholt diese Haltung bedauert und den Wunsch geäußert, die Tür für England möge offengehalten bleiben. Doch was sagen die Unionsparteien? Bei der Beratenden Versammlung des Europa-Rates in Straßburg ist folgendes geschehen: Der Versammlung lag eine Entschließung vor, die die Einbeziehung Großbritanniens und anderer Länder, die der EWG nicht angehören, in die Gespräche über eine politische Union Europas befürwortete. Die britische Delegation nahm in ihrer Empfehlung nicht nur die Vorschläge Belgiens, Italiens und der Bundesrepublik auf, sie bekundete auch ihre Bereitschaft zu solchen Verhandlungen. Die Gaullisten stimmten dagegen, das nimmt nicht wunder, das mußte man von ihnen erwarten. Sie fanden, zur Überraschung der übrigen Delegationen, jedoch auch Unterstützung bei einigen CDU-Abgeordneten, die sich der Stimme enthielten. Diesen Vorgang kommt zwar keine allzu große Bedeutung zu, aber er wirft ein bezeichnendes Licht auf die innere Zerrissenheit der Unionsparteien. Teile von ihnen unterliegen anti-britischen Ressentiments, das dann bei solchen Anlässen zum Ausdruck kommt. Die deutschen Gaullisten wollen, wie ihr verehrtes Idol, Großbritannien draußen vor der europäischen Tür halten; sie bringen damit die offizielle Bonner Politik in ein gewisses Zwielicht und setzen sich über einmütig gefaßte Beschlüsse des Deutschen Bundestages hinweg.

* * *

Bitterer Lorbeer

CDU/CSU will Krankenkassen um einen Prozeßerfolg bringen
264-Millionen DM stehen auf dem Spiel

sp - Im SPD-Pressedienst vom 11.8.1964 berichteten wir unter dem Titel "Was lange währt wird endlich gut" über einen langwierigen, aber erfolgreichen Rechtsstreit der Krankenkassen gegen den Bund. Mit Urteil des Bundessozialgerichtes - 3 RK 51/59 und 23/63 -, vom 29.7.1964, war entschieden worden, daß der Bund den Krankenkassen, rückwirkend vom Jahre 1950 an, auf Grund des § 205 d der Reichsversicherungsordnung für jeden Entbindungsfall, in dem Leistungen der Familienwochenhilfe gewährt worden waren, 50 DM zu erstatten hat. Bekannt ist nunmehr, daß sich die hiernach ergebende Verpflichtung des Bundes auf 264 Millionen DM beläuft. Wir schlossen unseren damaligen Bericht mit der Bemerkung, daß diese Sachlage den Bundeshaushalt vor neue Probleme stellt.

Die Vorschrift des § 205 d der Reichsversicherungsordnung ist eine der wenigen dieses Gesetzes, welche Einfluß auf Bundesmittel nehmen. Spätestens bei Beginn des mit dem Urteil von 29.7.1964 beendeten Rechtsstreites hätte eine aufmerksame Bundesregierung alles tun können, um eine erkennbar auf den Bund zukommende und immer größer werdende Geldschuld nicht so riesengroß werden zu lassen. Durch Einbringung eines rechtzeitigen Gesetzentwurfes hätte die Streichung des § 205 d der Reichsversicherungsordnung erreicht werden können. Statt dessen fand die Bundesregierung Gefallen an einem hartnäckig geführten Rechtsstreit vor der Sozialgerichtbarkeit und verpaßte dabei die Möglichkeit, mit den Finanzen des Bundes schonender umzugehen.

Nunmehr möchte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die nach jahrelangen Prozessen verfahrenene Angelegenheit "regeln", und zwar auf ihre Art: Sie beabsichtigt, im Bundestag den Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Mutterschutzgesetz einzubringen, dessen Artikel 2 Nr. 3 die Aufhebung des § 205 d der Reichsversicherungsordnung vorsieht. Damit bestätigt sie nachträglich die Berechtigung und die aus § 23 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung hergeleitete Pflicht der Krankenkassen zur Prozeßführung.

Der den Vernehmen nach vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung geleisteten Formulierungshilfe verdankt es jedoch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, für die Beseitigung der dem Bund durch das Urteil des Bundessozialgerichtes erwachsenen Verpflichtung gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen den "Stein der Weisen" gefunden zu haben: Der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll im Artikel 3 § 4 Absatz 3 Satz 2 folgende Regelung vorsehen:

- * "Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit den
- * Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates nicht bedarf,
- * bestimmen, daß in Abgeltung der Forderungen der Krankenkassen
- * aus § 205 d der Reichsversicherungsordnung in der vor Inkraft-
- * treten dieses Gesetzes geltenden Fassung gegen den Bund die
- * Aufwendungen nach § 200 a in Verbindung mit § 200 d der Reichs-
- * versicherungsordnung schon mit Inkrafttreten dieses Gesetzes
- * erstattet werden."

Was werden wohl die Krankenkassen, vor allem aber ihre Selbstverwaltungsorgane, zu dieser Absicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagen?

"Zentrale Erfassungsstelle für SBZ-Gewaltakte"

Ihre Arbeit ist ein Appell an das Gewissen
Von Klaus Kusticus, Hannover

Die am 15.10.1961 von den westdeutschen Länderjustizministern gegründete "Zentrale Erfassungsstelle für SBZ-Gewaltakte" hat bis Ende 1964 3.842 Verfahren wegen Vergehen sowjetzonaler Grenzsicherungsorgane gegen Flüchtlinge durch Schußwaffengebrauch und Festnahmen in der Nähe der Zonengrenze sowie wegen politisch bedingter Unrechtstaten in der SBZ eingeleitet. Nach gut dreijähriger Tätigkeit ist das eine traurige Bilanz, die im einzelnen wie folgt aussieht:

- * 1961 registrierte die Erfassungsstelle 134 Verfahren.
- * 1962 waren es bereits 1.210.
- * 1963 wurden 1.201 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Von November 1961 bis Ende 1964 hat die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter:

- * 3.842 Verfahren - davon allein 2.123 Fälle wegen Schußwaffengebrauchs - eingeleitet.
- * In 3.053 Verfahren hat sich bisher der Tatverdacht bestätigt.
- * Von der Gesamtzahl entfielen 1.842 auf den Bereich an der Demarkationslinie und 1.757 auf den Raum um das freie Berlin. Die restlichen Fälle wurden aus der SBZ direkt oder aus fremden Hoheitsbereichen bekannt.
- * Bisher wurden 126 Todesfälle ermittelt; davon 63 im Bereich an der Demarkationslinie und 63 im Raum Berlin.
- * In 840 Verfahren wurden ein oder mehrere Täter namentlich ermittelt.
- * 373 Verfahren wurden den zuständigen Staatsanwaltschaften zugeleitet.

Die Dienststelle ist mit zwei Staatsanwälten, drei weiteren Justizbeamten und drei weiblichen Angestellten besetzt. Sie genießt keinerlei Sonderrechte und hat zwei wichtige Hauptaufgaben zu erfüllen:

- * Aufklärung der Einzelfälle und Vorbereitung künftiger Ahndung.
- * Prävention: Durch Unterrichtung des In- und Auslandes soll künftigen Unrechtstaten vorgebeugt werden.

Aufklärung auch in Mitteldeutschland

Die oft außerordentlich schwierige Ermittlungstätigkeit - in der Regel befindet sich der Täter in der SBZ in Sicherheit - kann sich nur auf Zeugenaussagen von Betroffenen, auf Beobachtungen oder auf Vernehmungen geflüchteter SBZ-Grenzsoldaten stützen. Ziel ist die Beweissicherung. Ist ein Tatbestand hinreichend ermittelt, wird das Verfahren an die zuständigen Staatsanwaltschaften, in deren Bereich die zu vernehmenden Zeugen heute leben, weitergeleitet. Nach der Prozeßordnung können nur diese Staatsanwaltschaften Beweissicherungsmaßnahmen einleiten.

Wirft man einen Blick in die modern organisierte Registratur der Erfassungsstelle in Salzgitter, könnte man vermuten, hier würde die ganze Tragik der Teilung Deutschlands mit all ihren widerrechtlichen Auswüchsen in Akten gezwängt. Niemand indessen vermag die heute mehr theoretische als praktische Ermittlungsarbeit zu bagatelisieren oder gar zu degradieren.

Die beiden Staatsanwälte (37 und 40 Jahre alt) sind frei von allen politischen Ressentiments der Vergangenheit. Sie haben juristisches wie politisches Fingerspitzengefühl, wenn sie z.B. nach folgendem Grundsatz arbeiten:

- * Sie wollen in die SBZ hineinwirken und den einzelnen
- * sowjetzonalen Grenzsoldaten erreichen. Ihn will man zu
- * der Erkenntnis veranlassen, daß das SED-Regime vor ihm
- * verlangt, Unrechtes zu tun. Man will also an sein Ge-
- * wissen appellieren!

Der Erfolg dieser präventiven Bemühungen läßt sich schwer abschätzen. Geflüchtete SBZ-Grenzler bezeugen aber immer wieder, daß man auf der "anderen Seite" von der Tätigkeit der Erfassungsstelle weiß und sie stark beachtet.

Jenseits von Rachegefühlen

Völlig falsch wäre es, wollte man etwa in der "Zentralen Erfassungsstelle" ein Art Sammelstelle für die Vorbereitung oder Nahrung von Rachegefühlen sehen. Das Gegenteil ist der Fall.

- * "Es ist wichtiger, auch nur einen Flüchtling zu ret-
- * ten, als später 10 SBZ-Soldaten wegen vollender
- * Tötung aburteilen zu lassen. Die Opfer kann man nicht
- * wieder zum Leben erwecken."

Das sagte der leitende Staatsanwalt Friedrich H ü s e , wobei er deutlich machte, wie er seine Arbeit sieht.

In Salzgitter will man erreichen, daß die Menschen in Mitteldeutschland wissen, wer sich um ihre Rechte kümmert. Verbunden damit ist ein ständiger Appell an das Gewissen, besonders der Volkspolizisten, sie mögen nicht stur jedem Unrechtsbefehl Folge leisten.

Außerdem trägt die Dokumentation der Erfassungsstelle dazu bei, das befreundete Ausland ständig darauf aufmerksam machen zu können, in welchem Umfange die elementarsten Menschenrechte durch das SED-Regime verletzt werden.

Kennedy-Runde

Hart auf hart in Genf
Von Pierre Simonitsch, Genf

Welch komplizierte Kleinarbeit die nunmehr eingeleitete Phase der "Kennedy-Runde", zu der am Montag der Sonderbeauftragte Präsident Johnsons, Christian Herter, in Genf eintraf, darstellt, läßt sich schon daraus ermesen, daß am ersten Tag des sogenannten Rechtfertigungsprozesses die Vereinigten Staaten anhand von statistischem Material belegen mußten, warum ihre Ölsardinen- und Keramikwarenindustrie von "überragendem nationalen Interesse" sind. So müssen die USA, Japan, Großbritannien, Finnland und die EWG in dieser Reihenfolge jedes Produkt, das auf ihren Ausnahmelisten figuriert, einzeln rechtfertigen. Rechtfertigen in dem Sinne, als nur solche Einfuhrgüter von der Arbeitshypothese einer linearen 50-prozentigen Zollsenkung ausgenommen werden dürfen, deren heimische Erzeugerindustrie aus höheren nationalen Interesse schutzwürdig ist. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß es unmöglich ist, einen objektiven Maßstab anzulegen. Die an den Verhandlungen teilnehmenden Delegationen werden daher jeweils im Hinblick auf ihre eigenen Positionen urteilen, und man wird ständig das Argument anwenden: Wenn X dieses Produkt auf seiner Ausnahmeliste behält, müssen wir jenes unserer Liste anhängen ...

Merkwürdige Kombinationen

Die beiden verhandlungstechnisch getrennten Phasen der Rechtfertigung und der Konfrontation greifen somit ineinander, und es zeichnen sich bereits einige merkwürdige Kombinationen ab. Die Japaner zum Beispiel möchten gern die Erdölzeugnisse auf ihre Ausnahmeliste setzen, obwohl sie gar keine einheimische Petrochemie zu schützen haben. Aber die aus den Petroleumimporten erzielten Zolleinnahmen werden bei ihnen für die Subventionierung der Kohlenindustrie verwendet. Die japanischen Ökonomen wären also nicht unglücklich, wenn die Amerikaner die Ölprodukte von den Verhandlungen ausklammern würden, weil sie dann ihrerseits mit gutem Gewissen das gleiche Recht beanspruchen könnten.

Die Rechtfertigung der amerikanischen Ausnahmeliste wurde vergangene Woche vorzeitig und überraschend schnell abgeschlossen. Dies bedeutet aber erst den Beginn der Schwierigkeiten, weil die vorgelegte Liste in Wirklichkeit nur einen Teil jener Güter beinhaltet, auf welche die Vereinigten Staaten keinen 50-prozentigen Zollabbau gewähren wollen. Diese verteilen sich auf drei Kategorien:

- 1) Produkte, die aus rein wirtschaftlichen Gründen vom generellen Zollaabbau ausgenommen werden sollen.
- 2) Konstitutionell geschützte Produkte. Eine Reihe von Industriezweigen genießt nämlich eine von der amerikanischen Handelskommission beschlossene und gesetzlich verankerte Protektion.
- 3) Diejenigen Güter, die nach dem amerikanischen Gesetz aus strategisch-politischen Gründen reglementiert und kontingentiert werden, vor allem Erdöl.

Während die Vereinigten Staaten bereit sind, über die beiden ersten Gruppen im Rahmen der Kennedy-Runde zu verhandeln, schließen sie die dritte Kategorie davon aus, ohne irgendwelche Kompensationen anzubieten. Weder die "Sechs" noch das GATT-Sekretariat können sich aber mit einer solchen Lösung abfinden. Allein die amerikanischen Ölimporte machen gegenwärtig elf Prozent der Gesamteinfuhren aus. Die Amerikaner machen geltend, daß sie nur Öl aus Venezuela beziehen und dieses Land nicht Mitglied des GATT ist. Die europäischen Staaten gehören nicht zu den "Ölexportörrern" (was sich aber in Zukunft ändern kann ...) und wären einverstanden, wenn die USA diese wichtige Handelsware auf die Aufnahmeliste setzten (die sich dadurch von acht auf 19 Prozent erweitern würde). Aber sie wollen das Schwarze Gold nicht ganz ohne Gegenleistung aus den Verhandlungen klammern.

Zu heftigen Kontroversen wird es auch in der Frage der chemischen Produkte kommen, von der die Europäer direkt betroffen sind. Der Zoll auf Chemieprodukte wird nämlich in den Vereinigten Staaten nach dem System des "American selling price" berechnet, das heißt, nach dem inländischen Handelswert gleichartiger amerikanischer Fabrikate. Und auch hier zeigen die Amerikaner wenig Neigung, von ihren Gepflogenheiten abzugehen. Es wäre aber verfrüht, jetzt schon irgendwelche Schlüsse ziehen zu wollen, weil die diesbezüglichen konkreten Verhandlungen bestenfalls Mitte Februar, nach Abschluß der Rechtfertigungsphase, beginnen werden.

Heißes Eisen: Landwirtschaftsprodukte

Wenn kein Abbau der Handelsschranken auf dem industriellen Sektor die Amerikaner einige Schwierigkeiten ins Spiel bringen, so liegt die Sachlage auf dem Landwirtschaftssektor umgekehrt. Hier können es sich die Europäer nicht leisten, ihren Markt den äußerst konkurrenzfähigen überseeischen Produkten zu öffnen.

Eine für den 27. Januar einberaumte Sitzung wird sich mit diesem Problem beschäftigen; sie erklärt das besondere Interesse, das der Sonderbeauftragte Präsident Johnsons den gegenwärtigen Stand der Genfer Tarifverhandlungen angeeignet läßt. Die Amerikaner sind schon einmal von einer Bedingung "sine qua non" abgegangen - dem Fortschritt zwischen gleichzeitiger Behandlung des Industrie- und Agrarsektors - um das Anrollen der Kennedy-Runde zu ermöglichen. Diesmal werden die Auffassungen der Amerikaner und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die vor einem direkten Zollaabbau eine Gleichstellung der verschiedenen Subventionspraktiken ("Menscholt-Plan II") verlangt, zweifellos hart aufeinanderprallen.